

## **Wahlprüfsteine zur Landtagwahl 2021 (Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG))**

### **Frage 1: Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Polizei den Beschäftigten der Polizei RLP den Rücken stärken und sie vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützen?**

Der respektvolle Umgang mit der Polizei ist für uns indiskutabel. Auf die Rückendeckung der Freien Demokraten kann sich unsere Polizei selbstverständlich verlassen. Studien zum „Racial Profiling“ oder zum „Rassismus in der Polizei“ haben wir stets abgelehnt. Wir legen Wert auf einen objektiven und sachlichen Diskurs. Wir Freie Demokraten begrüßen deshalb, dass wir im Landehaushalt 2021 die Mittel für die Studie „Demokratie und Werte in der Polizei“ zur Verfügung gestellt haben. Im Rahmen dieses Forschungsprojektes sollen Herausforderungen, Bewältigungsstrategien und Präventionskonzepte im Zusammenhang mit den Vorwürfen zu vorurteilsgeleitetem Handeln durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten herausgearbeitet werden.

### **Frage 2: Ist Ihre Partei bereit, adäquat in die Unversehrtheit von Leib und Leben sowohl von Polizistinnen und Polizisten als auch der Bürgerinnen und Bürger den höchstmöglichen Schutz zu investieren und mit welchen Maßnahmen gedenken Sie es zu tun?**

Die Ampelkoalition hat von Beginn an in gute Rahmen- und sichere Arbeitsbedingungen für unsere Polizistinnen und Polizisten investiert. Wir haben eine verbesserte Ausstattung mit Schutzwesten und Schutzhelmen angeschafft und die flächendeckende Ausrüstung mit mobilen Endgeräten, Tasern und Bodycams vorangetrieben. Unseren erfolgreichen Kurs im Polizeibereich setzen wir fort. Im Haushalt 2021 stehen insgesamt 135 Millionen Euro für Technik und Ausstattung zur Verfügung. Damit sollen vor allem die IT-Systeme und die Einsatzleittechnik erneuert, die Streifenwagen und zivilen Einsatzfahrzeuge modernisiert, die Schutzausstattung neu- bzw. ersatzbeschafft und die Schieß- und Einsatztrainings weiterentwickelt werden.

### **Frage 3: Mit welcher Strategie wird Ihre Partei der Polizei bei ihren Personalproblemen helfen und wie positioniert sie sich in der Frage der Anhebung der Stellen bzw. der Stellenplanobergrenzen?**

In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit so viele und so gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten wie nie zuvor. Ende 2024 werden wir rund 10.000 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamten haben. Der Landeshaushalt 2021 sieht allein 180 Stellen im Polizeibereich vor. Außerdem sollen im Jahre 2021 bis zu 580 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt werden. Das ist der stärkste Polizeikörper, den Rheinland-Pfalz je aufgewiesen hat.

**Frage 4: Mit welchem Konzept und mit welchen strukturellen Maßnahmen entgegnet Ihre Partei den kriminalpolitischen Herausforderungen für das angebrochene Jahrzehnt?**

Zur konsequenten Bekämpfung von beispielsweise Hasskriminalität, Terrorismus oder Wirtschaftsverbrechen braucht unsere Polizei verstärkt gut ausgebildete und spezialisierte Nachwuchskräfte. Die Polizeihochschule am Flughafen Frankfurt-Hahn leistet mit ihrem Studienangebot einen hervorragenden Beitrag hierzu. Durch sie garantieren wir eine erfolgreiche und zukunftsfeste Ausbildung. Neben einer qualitativ hochwertigen und zielgerichteten Aus- und Fortbildung unserer Polizistinnen und Polizisten brauchen wir ihre moderne Ausstattung und berufliche Entwicklungsperspektiven.

**Frage 5: Mit welchen Maßnahmen möchte Ihre Partei die Gewinnung und insbesondere die Bindung von geeigneten Maßnahmen sicherstellen?**

Für uns Freie Demokraten ist die Digitalisierung der Polizei unabdingbar, um weiterhin modern und handlungsfähig zu sein. Das Land beschäftigt bereits seit Jahren IT-Fachkräfte für die Polizei. Wir begrüßen sehr, dass die Polizei Rheinland-Pfalz ab Oktober dieses Jahres die Einstellung von bis zu 20 IT-Kriminalisten und zur IT-Kriminalistin plant. Diesen Kurs setzen wir fort.

**Frage 6: Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um diese und weitere defizitäre Umstände wie die fehlende Bodycam im täglichen Dienst der kommunalen Beschäftigten des KVD entgegen zu wirken?**

Auch die Beamtinnen und Beamten des Kommunalen Vollzugsdienstes leisten selbstverständlich einen sehr wertvollen Beitrag für die Sicherheit in unserem Land. Nichtsdestotrotz sollte zum Beispiel der Einsatz von Bodycams auf einen Personenkreis beschränkt sein, dessen Ausbildung – wie bei Polizeibeamtinnen und -beamten – Gewähr für einen Einsatz bietet, der allen rechtlichen Belangen ausreichend Rechnung trägt. Erst wenn der Ausbildungsstand des kommunalen Vollzugsdienstes vertieft wird – was wir Freie Demokraten im Übrigen grundsätzlich begrüßen – kann darüber nachgedacht werden, ihn mit Mitteln der Polizei auszustatten.